

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 29 (2003)

Heft: 1

Vorwort: Editorial zum Thema des Hefts

Autor: Wegenast, Klaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es wäre zu wünschen, dass wir nicht dazu gezwungen wären, Berichte in immer grösserer Zahl zu verfassen, in denen zu viel, zu Spektakuläres, aber zu wenig Solides berichtet oder für die Zukunft versprochen werden muss, um unseren "Leistungsnachweis" zu erbringen und etwas mehr Geld für unsere Forschungsgruppen zu ergattern. Forschungsprojekte und Forschungserfolge sollten nicht in Glanzpapierbrochuren kommuniziert werden müssen, die bald einmal in Schubladen verschwinden. Aber über die *Medien* müssten ihre *Inhalte* in geeigneter Form und Dosis an die Öffentlichkeit gelangen. Wer hat in diesem Geschäft Erfahrung?

Unter welchen Bedingungen gute Ausbildung und gute Forschung am besten gedeihen, darüber müssten wir, die Dozierenden und Forschenden, einigermassen Bescheid wissen. Es ist an der Zeit, dass wir darüber klar und vernehmbar sprechen, und dass wir ernst genommen werden. Es wäre gut, wenn die VSH dazu einen nützlichen Beitrag leisten könnte!

Der VSH geht es nicht nur und nicht einmal in erster Linie um Geld und Gehälter, sondern u.a. darum, das schweizerische universitäre System dort zu erhalten und zu stärken, wo es gut ist, und dort zu verbessern, wo es Schwächen und Abnutzung oder Ineffizienz zeigt.

Helfen Sie mit, aus der VSH eine aktive, verantwortungsvolle, gut sicht- und vernehmbare Vereinigung zum Nutzen von Bildung und Wissenschaft in der Schweiz zu machen!

Bachelor / Master / Bologna

Zu Chancen und Grenzen einer neuen Studienstruktur

Editorial zum Thema des Hefts

Klaus Wegenast

Wer Bologna im Zusammenhang von höherer Bildung hört, denkt gewöhnlich nicht an eine Studienstruktur, sondern an die Stadt, welche die älteste Universität der Welt beherbergt. Seit dem 19. Juni 1999 verbindet der Kenner der hochschulpolitischen Szene mit Bologna aber auch die "Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister", die seitdem nicht nur in den Ländern der Europäischen Union und einiger beitrittswilliger Staaten, sondern auch in der Schweiz dazu geführt hat, dass die bisher gültigen Strukturen eines akademischen Studiums nicht nur in Frage gestellt, sondern bereits erheblich verändert werden.¹⁾

Für unsere Leser zitiere ich einige wichtige Passagen der Bologna-Erklärung:

"Die Bedeutung von Bildung und Bildungszusammenarbeit für die Entwicklung und Stärkung stabiler, friedlicher und demokratischer Gesellschaften ist allgemein als wichtiges Ziel anerkannt, besonders auch im Blick auf die Situation in Südosteuropa....

Die europäischen Hochschulen haben ihrerseits die Herausforderungen angenommen und eine wichtige Rolle beim Aufbau des europäischen Hochschulraums übernommen, auch auf der Grundlage der in der Magna Charta Universitatum von Bologna aus dem Jahr 1988 niedergelegten Grundsätze. Dies ist von grösster Bedeutung, weil Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten gewährleisten, dass sich die Hochschul- und Forschungssysteme den sich wandelnden Erfordernissen, den gesellschaftlichen Anforderungen und den Fortschritten in der Wissenschaft laufend anpassen.

Die Weichen sind gestellt, und das Ziel ist sinnvoll. Dennoch bedarf es kontinuierlicher Impulse, um das Ziel grössere Kompatibilität und Vergleichbarkeit der Hochschulsysteme vollständig zu verwirklichen. Um sichtbare Fortschritte zu erzielen, müssen wir diese Entwicklung durch Förderung konkreter Massnahmen unterstützen....

Insbesondere müssen wir uns mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems befassen. Die Vitalität und Effizienz jeder Zivilisation lässt sich an der Attraktivität messen, die ihre Kultur für andere Länder besitzt. Wir müssen sicherstellen, dass die europäischen Hochschulen weltweit ebenso attraktiv werden wie unsere aussergewöhnlichen kulturellen und wissenschaftlichen Traditionen,...

Die folgenden Ziele, die wir für die Errichtung des europäischen Hochschulraumes und für die Förderung der europäischen Hochschulen weltweit für vorrangig halten, sind

- > Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Hochschulsysteme zu fördern.*
- > Einführung eines Systems, das sich im wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate). Regelvoraussetzung für die Zulassung zum zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Studienzyklus, der mindestens drei Jahre dauert. Der nach dem ersten Zyklus erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene. Der zweite Zyklus sollte, wie in vielen europäischen Ländern, mit dem Master und/oder der Promotion abschliessen.*
- > Einführung eines Leistungspunktesystems - ähnlich dem ECTS - als geeignetes Mittel der Förderung grösstmöglicher Mobilität der Studierenden. Punkte sollten auch ausserhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt.*
- > Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen, insbesondere für Studierende: Zugang zu Studien- und Ausbildungsangeboten und zu entsprechenden Dienstleistungen; für Lehrer, Wissenschaftler und Verwaltungspersonal: Anerkennung und Anrechnung von Auslandsaufenthalten zu Forschungs-, Lehr- oder Ausbildungszwecken, unbeschadet der gesetzlichen Rechte dieser Personengruppen.*
- > Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung im Hinblick auf die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden.*
- > Förderung der erforderlichen europäischen Dimensionen im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf Curriculum-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogramme.*

Dieses Zielspektrum, das so viel Zustimmung erlangte im Kreis der europäischen Bildungspolitik, ist nicht etwa von der europäischen Rektorenkonferenz initiiert worden, auch nicht von einer Rektorenkonferenz eines bestimmten Landes oder von bestimmten Fakultätentagen oder wissenschaftlichen Gesellschaften, sondern es ist das Ergebnis eines Unbehagens von Bildungspolitikern, denen gewisse Entwicklungen nicht nur im Hochschulbereich, sondern auch im Blick auf das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Studium und Beruf, Europa und den USA zu denken gaben.

Neben den genannten Argumenten für eine grundlegende Veränderung der Studienstrukturen der Bologna-Erklärung, die noch etwas differenzierter in einem Communiqué der europäischen Hochschulministerinnen und -minister vom 19. Mai 2001 in Prag wiederholt wurden, gibt es zweifellos auch noch eine ganze Reihe ungenannter, die sich konkreten Erfahrungen nicht nur der Politiker verdanken, sondern vor allem auch denen von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern:

- Das Überhandnehmen von Langzeitstudenten und der Abgang von bis zu einem Viertel der Studierenden ohne einen Abschluss.
- Die Unfähigkeit nicht weniger Studierender, etwas mit der ihnen zugebilligten Lernfreiheit anzufangen.
- Der Tatbestand, dass ein nicht geringer Prozentsatz von Studienanfängern als nur bedingt studienfähig zu bezeichnen ist.

- Der vor allem in den Geisteswissenschaften zu beobachtende usus von Hochschullehrern, nicht in ein grösseres Gebiet ihres Fachs einzuführen, sondern sich auf eine Vermittlung eines engen Forschungsgebietes zu beschränken, das nicht einmal repräsentativ ist.
- Die nicht immer gewährleistete didaktische Ausbildung von Hochschullehrern, die es verhindert, Sachkenntnisse und Methodensicherheit mit dem Wissensstand, den Interessen und Fähigkeiten der Studierenden in Beziehung zu setzen.
- Das vor allem in einigen Geistes- und Sozialwissenschaften unerträgliche Betreuungsverhältnis zwischen Professoren und Studierenden, das eine angemessene Förderung in vielen Fällen unmöglich erscheinen lässt.
- Der Finanzmangel vieler Hochschulen, der sich nicht nur in der Personalausstattung zeitigt, sondern ebenso in der Ausstattung der Biblio- und Mediotheken und auch im ungenügenden Raumangebot.

Die Liste der ungenannten Motive für eine rasche Veränderung der Studienstruktur könnte noch verlängert werden, weil man von einer Übernahme des Modells von Bologna nicht nur eine Verminderung der Langzeitstudenten erhofft, sondern auch mehr Zeit für eigene Forschung. Ob man sich damit nicht täuscht?

Wie immer, die in der Folge der beiden Verlautbarungen von Bologna und Prag sichtbar gewordenen Reformbemühungen auch in unserem Land zeigen, dass sie nicht nur bei Politikern, sondern auch in den Hochschulen nicht nur Ablehnung erfahren, sondern kritisch-konstruktiv bedacht und hier und da auch schon umgesetzt werden. Das vielleicht auch deshalb, weil in nicht wenigen Fachbereichen unserer Hochschulen zumindest Ansätze für ein zweistufiges Studium auch bisher keine Ausnahme waren. Ich denke an vor- und nachpropädeutische Studien bei den Theologen, bei den Juristen und z.T. auch in den Wirtschaftswissenschaften und nicht zuletzt auch an medizinische Studiengänge sowie an z.T. weitgehende Reglementierungen des Studiums an Technischen Hochschulen. Und dennoch, bei genauerer Betrachtung stehen doch Welten zwischen dem Herkommen und Bologna. Was den ersten Studienabschnitt hier und da anbetrifft, ist dieser in unseren Hochschulen als Einführung in ein Fachstudium organisiert, m.a.W. als Phase der Einübung in die Methoden einer Disziplin und in wichtiges Grundwissen und das ohne Berücksichtigung einer späteren beruflichen Praxis und deshalb ohne einen berufsbefähigenden Abschluss.

Der zweite Studienabschnitt, der mit dem Lizentiat oder einem wissenschaftlichen Diplom beendet zu werden pflegt, ist dann noch immer nicht so etwas wie eine Einübung in eine spätere Berufspraxis, sondern sein Ziel ist die Kompetenz in einer bestimmten Wissenschaft, die durch die Bearbeitung eines anspruchsvollen Problems und durch ein breit angelegtes Prüfungspensum bewiesen wird. Bildung durch Wissenschaft lautet für beide Teile des Studiums das Programm, das, was nicht nur die Geisteswissenschaften anbetrifft, dem Aufruf Friedrich Schillers in seiner Antrittsvorlesung von 1789 an Jenenser Studienanfänger Nachachtung entspricht: "Habt den Mut, Euch sogleich am Anfang des Studiums zu entscheiden! Geht es zu lange gerade aus, nehmt einen Ausweg, lasst euch Zeit, sucht neue Horizonte und immer wieder Wissen, das für Prüfungen unbrauchbar ist. Habt den Mut, grundsätzlich und kritisch zu fragen. Nur daraus erwächst die Freude an der Wahrheit."

Berufssozialisation ist dann erst das Ziel einer dem Studium folgenden Phase im Rahmen von Berufspraktika wie bei den Juristen, oder in einem einjährigen Vikariat bei den Theologen, oder die Arbeit in einem Team eines Grossbetriebs von Industrie, Verwaltung, Bankwesen. Wir müssen hier nicht die Vor- und Nachteile dieser Studienorganisation beschreiben, aber doch betonen, dass solches Studieren Akademiker hervorgebracht hat, die ihren Mann und ihre Frau zu stellen im Stande waren, selbständig Ideen zu generieren vermochten, Ausdauer hatten beim Lösen auch angeblich unlösbarer Probleme, die Ja und Nein zu sagen im Stande waren gegenüber Aufträgen und Zumutungen.

Und jetzt Bologna, das nach seiner Einführung in Europa auch von den Schweizer Hochschulen als Voraussetzung der Anerkennung ihrer Diplome die Übernahme einer bestimmten Studienstruktur verlangt und damit auch eine inhaltliche Erneuerung der meisten Studiengänge. Quo vadis lautet die Frage. Was tun? Welche Vorzüge hätte eine Anpassung unserer Studienstrukturen an Bologna und welche Gefahren lauern?

Zuerst zu den Chancen bzw. Vorzügen von Bologna gegenüber dem Herkommen:

- "Bologna" ermöglicht, entsprechen die wahrscheinlich doch sehr unterschiedlichen Formen seiner Verwirklichung den Kriterien von 1999, "leichte Verständlichkeit und Vergleichbarkeit", eine grössere Mobilität der Studierenden im Inland, aber auch im europäischen Ausland und fördert damit die Erweiterung des Horizonts, ein Kennenlernen verschiedener Problemlösungsstrategien, aber auch, findet das Studium in einem fremdsprachigen Land statt, die Sprachkompetenz in einer anderen Sprache.
- Bologna zwingt die in Europa durchaus verschiedenen Bildungssysteme dazu, gemeinsam Kriterien und Methoden der Qualitätsbeurteilung von Studienleistungen zu entwickeln, unbeschadet je eigener Schwerpunkte in Forschung und Lehre im einen oder anderen Fach an verschiedenen Bildungsstätten.
- Bologna erleichtert, nehmen die Bildungsverwaltungen den Zielkatalog von 1999 ernst, die Mobilität auch des Lehrpersonals und der vornehmlich in der Forschung tätigen Gelehrten, wenn sie Auslandsaufenthalte zu Lehr- und Forschungszwecken, aber auch aus Gründen der Weiterbildung auf die geleisteten Dienstjahre anrechnen und für angemessene Vertretung sorgen.
- Wichtig auch der Beitrag von Bologna zu einer weiteren Integration Europas. Ob Bologna die z.T. kaum mehr verständlichen Langzeitstudienzeiten eines hohen Prozentsatzes der Studierenden zu verkürzen hilft, muss abgewartet werden. Das gilt auch in Sachen Hoffnung auf Spareffekte für die Träger von Hochschulen.

Und jetzt zu den Problemen und damit zu den Grenzen von Bologna als Reformprojekt, welches das sich der Humboldtschen Universitätsreform vom Ende des 19. Jahrhunderts verdankende herkömmliche Studiensystem als nicht mehr den aktuellen Verhältnissen entsprechendes ersetzen möchte. Ich denke an die folgenden Probleme, die deutliche Grenzen signalisieren:

- Kann eine wissenschaftliche Hochschule, deren Ziel "Bildung durch Wissenschaft" bis heute gewesen ist, als Ziel eines "vorpropädeutischen" Studienteils neben einer Einführung in eine Wissenschaft, ihren Wissenstand und ihre Methodik, auch noch eine spezifische Berufsbefähigung garantieren?
- Haben die Verfasser von Bologna, als sie dieses Ziel ausformulierten, bedacht, dass es ausser berufsnahen Fächern wie Betriebswirtschaft und einige technische Disziplinen auch Disziplinen gibt, die notorisch nicht auf einen bestimmten Beruf vorbereiten - ich denke an die Theoretische Physik, an die Grundlagenforschung jeder Art, an Philosophie und weite Teile der Sprachwissenschaften. - Und waren sie sich dessen eingedenk, dass ein grosser Teil der ProfessorInnen, aber auch des in der Lehre tätigen Mittelbaus mit Wissenschaft nicht eine Beförderung der Berufsfähigkeit verbinden, sondern ein Ringen um Erkenntnis von Wahrheit mit den Mitteln geklärter Methoden, verbunden mit der Aufarbeitung des derzeitigen Wissensstandes und dessen Generierung.
- Haben die Verfasser von Bologna bedacht, dass die Einführung eines alle Disziplinen umfassenden Leistungspunktsystems mit der damit verbundenen Notwendigkeit, in jeder Veranstaltung sorgfältige Prüfungen von Studienleistungen vorzunehmen, nicht nur in Massenfächern eine erhebliche Aufstockung des Lehrpersonals mit sich bringt und damit die Notwendigkeit für eine beträchtliche Erhöhung des Finanzbedarfs der Hochschulen?
- Wie kann es bei einer tale-qualè-Übernahme von Bologna weiterhin möglich sein, ein Mehrfach-Studium, wie es z.B. für Gymnasiallehrer notwendig erscheint, mit Masterabschluss in wenigstens 2 Fächern zu gewährleisten?
- Ist es den Verfassern von Bologna genügend klar gewesen, dass es bessere und schlechtere Hochschulen gibt, deren "ECTS-Punkte" bei genauerer Betrachtung kaum vergleichbar erscheinen? Wird es angesichts dieses Tatbestandes sinnvoll sein, jeden und jede ohne weiteres in einen Master-Studiengang aufzunehmen? Ist da der Studienabbruch nicht programmiert oder dann die Perennierung des uns bekannten Langzeitstudiumskandals?
- Wann wird es allseits akzeptierte Kriterien für die Abgabe von ECTS-Punkten für Diplome etc. geben, die ja erst eine Vergleichbarkeit der Studienleistungen möglich machen könnten?
- Was muss geschehen, dass aktuelle und zukünftige HochschullehrerInnen für ihren Beruf als "Lehrer/Lehrerin" ausgebildet bzw. weitergebildet werden, das über die schon bisher angebotenen Kurse hinausgeht?

Wo sind die Institute für allgemeine und fachbezogene Hochschuldidaktik, die Professionalität der Lehrangebote ermöglichen und fördern können? Auch dies ein neuer Kostenfaktor.

- Wie steht es um die Vergleichbarkeit der Curricula der verschiedenen Disziplinen, die es ja erst ermöglichen könnte, eine ungebremsste Mobilität vertretbar erscheinen zu lassen? Dabei denke ich nicht zuerst an vergleichbare Inhaltlichkeit, sondern zuerst an das Anforderungsprofil der Lehr-/Lernangebote.

Die Liste könnte noch ergänzt werden. Sie hat für mich nicht den Zweck, von Bologna abzuraten, sondern den, rechtzeitig auf noch ausstehende Bemühungen hin zu weisen, deren Inangriffnahme über Erfolg oder Scheitern der ins Auge gefassten Reformen entscheidet.

Alle genannten Probleme, die Grenzen signalisieren für eine rasche Einführung von Bologna, sollten uns nicht daran hindern, schon heute eine Reform anzustreben, die "Durchlässigkeit", Mobilität, die diesen Namen verdient, für Studierende und HochschullehrerInnen gewährleisten könnten.

Es gibt viel zu tun für Bildungsverwaltungen, Hochschulgremien, Professoren, Vertreter des Mittelbaus und vor allem auch für die Studierenden und ihre Verbände. Packen wir es also an, jedoch mit offenen Augen für Chancen und Grenzen.

Und nun zu diesem Heft und seinen Beiträgen:

Gerhard Schuwey, der in unserem Bulletin die Perspektive der Bundespolitik erläutert, zeigt, dass "Bologna" eine Vorgeschichte besitzt, die mit der 800-Jahrfeier der Sorbonne vom 25. Mai 1998 ihren Anfang genommen hat. Damals votierten die Bildungsminister von vier EU-Staaten für die Einführung eines zweistufigen Studienmodells nach angelsächsischem Vorbild. Bundesrätin Dreifuss hat diesem Votum im Einvernehmen mit der Schweizerischen Hochschulkonferenz noch im gleichen Jahr zugestimmt. Hauptmotiv für das Zwei-Stufen-Modell sei nicht der Druck aus Wirtschaftskreisen gewesen, sondern der Rückgang ausländischer Studierender in Europa zugunsten der USA und Englands, also ein bildungspolitisches. Wichtig für unsere Leser vor allem der Hinweis von Schuwey, dass Bologna für jede Hochschule Gestaltungsmöglichkeiten offen lasse und neben wissenschaftlichen Anforderungen auch solche der Studierenden zu beachten erlaube.

Rudolf Nägeli, der Bologna-Koordinator der Rektorenkonferenz, beschreibt die Organisation und Etappierung der Reform an den Hochschulen der Schweiz und zeigt dabei Übereinstimmendes, aber auch durchaus Unterschiedliches auf. Interessant der "Ausblick" auf Chancen und Risiken der neuen Studienorganisation.

Ulrich Druwe, Vizerektor der Universität Basel, lässt die Grundsätze der Reformbemühungen in Basel, die für alle Studiengänge gelten sollen, ebenso Revue passieren wie die Leitideen für die Gestaltung der Bachelor- und Masterprogramme. Dass die Entwicklung neuer studienbezogener Curricula von den Lehrenden "neue" Kompetenzen verlangt, veranlasste die Basler Universitätsleitung nicht zu einem blossen Appell, sondern zur Einrichtung einer gut ausgestatteten hochschuldidaktischen Arbeitsstelle und darüber hinaus zur Gründung eines sog. LearnTechNet für die Planung und Umsetzung mediengestützter Lehrveranstaltungen. Interessant das Vorhaben, auch Curricula anzubieten, die den Erwerb sog. "freier Kreditpunkte" ermöglichen. Dass das alles viel Geld kostet, verschweigt Druwe nicht. Er denkt in diesem Zusammenhang nicht nur an den Staat, sondern auch an Sponsoren.

Marcel Piérart, der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, sieht in der Reform vor allem eine Herausforderung: Es gilt zu erreichen, dass die Regelstudienzeit wirklich eingehalten werden kann (was heute kaum der Fall sei), und die Mobilität nicht nur zwischen Studienorten, sondern auch zwischen Fakultäten zu fördern.

Christoph Metzger und **Sascha Spoun** nennen als Hauptgrund dafür, dass in St. Gallen die Studienreform schon vor "Bologna" in Gang gesetzt wurde, die Einsicht, dass das bisherige Studienmodell angesichts des sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Wandels nicht mehr als angemessen betrachtet werden konnte. Hauptinhalt ihres Beitrags ist dann die differenzierte Darstellung des neuen Studienmodells mit seinen drei Stufen Assessment, Bachelor-Stufe und Master-Programm sowie der Struktur der Prüfungen. Wichtig das Votum der Autoren für eine "partnerschaftliche Gestaltung des Veränderungsprozesses".

Anmerkungen:

- 1) Die Schweiz, vertreten durch Staatssekretär Dr. Charles Kleiber, hat die Bologna-Erklärung "Der europäische Hochschulraum" zusammen mit weiteren 23 Staaten unterzeichnet und sich damit verpflichtet, die in der Erklärung aufgeführten Ziele mit Nachdruck zu verwirklichen. Am 19. Dezember 2002 hat die Schweizerische Universitätskonferenz "Richtlinien für die koordinierte Erneuerung an den universitären Hochschulen der Schweiz im Rahmen des Bolognaprozesses" zur Vernehmlassung bis zum 31. März 2003 verschickt. Auch unsere Vereinigung wird sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligen. Die im Anschluss an die Vernehmlassung auszuarbeitende Letztfassung der Richtlinien sollen verbindlichen Charakter für alle universitären Hochschulen besitzen.

Zur Vorgeschichte der Bologna-Erklärung, mit einem Kommentar aus der Sicht der Schweiz und ihrer Kultur- und Bildungspolitik

Gerhard M. Schuwey

Die Diskussion um eine grundlegende Reform der Studienstrukturen ist in den einzelnen europäischen Ländern schon seit Jahren im Gang. Sie ist im Grunde genommen eine Daueraufgabe der Hochschulen. Einen neuen und diesmal gesamteuropäischen Impuls erhielten die Reformbestrebungen durch die Sorbonne-Deklaration, welche am 25. Mai 1998 aus Anlass der 800-Jahr-Feier der Universität Sorbonne durch die vier Bildungsminister von Frankreich, England, Italien und Deutschland verabschiedet wurde. Das wesentliche Anliegen dieser Erklärung war und ist es, die politischen Grundlagen für einen gemeinsamen Reformprozess der Studiensysteme an den europäischen Hochschulen zu schaffen. Die Sorbonne-Deklaration schlägt ein gemeinsames europäisches Modell akademischer Abschlussstrukturen vor, das sich an dem international häufig verwendeten zweistufigen Studienmodell orientiert. Weitere Staaten sind in der Folge dieser Erklärung beigetreten. Für die Schweiz setzte Frau Bundesrätin Dreifuss nach Rücksprache mit der Schweizerischen Hochschulkonferenz am 25. September 1998 ihre Unterschrift unter dieses Dokument.

Der mit der Sorbonne-Deklaration ausgelöste Prozess fand seine Fortsetzung in der Bologna-Erklärung, die am 19. Juni 1999 durch die Erziehungs- beziehungsweise Bildungsminister aus 29 europäischen Ländern unterzeichnet wurde. Für die Schweiz unterschrieb dieses Mal der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Charles Kleiber. Zwei Dinge verdienen in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden. In der öffentlichen Diskussion wurde nicht selten bemängelt, der Bund habe diese weitreichenden Erklärungen ohne Konsultation der Kantone unterschrieben. Dies trifft nicht zu. Durch einen Entscheid vom 3. September 1998 hat die damalige Hochschulkonferenz, in der alle Universitätskantone durch ihre Erziehungsdirektoren vertreten waren, Frau Bundesrätin Dreifuss ausdrücklich berechtigt, das auch für die spätere Bologna-Erklärung grundlegende Dokument der Sorbonne-Deklaration zu unterschreiben. Die Schweizerische Rektorenkonferenz sowie die Erziehungsdirektorenkonferenz wurden ebenfalls vorgängig konsultiert. Ferner verdient festgehalten zu werden, dass der Anstoss für diese weitreichenden Reformen von bildungspolitischen Instanzen ausging und nicht etwa, wie immer wieder unterstellt wird, von wirtschaftlichen Kreisen. Claude Allègre, damals Bildungsminister von Frankreich, schildert in seinem Buch "Toute vérité est bonne à dire" ¹⁾ sehr lebhaft, aus welchen bildungspolitischen Motiven er sich für diese Erklärung - zusammen mit seinen deutschen Kollegen - eingesetzt hat.

Die wesentlichsten Anliegen der Bologna-Erklärung

Das Hauptziel der Bologna-Erklärung ist es, mit Blick auf die Erleichterung der Mobilität sowie zur Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eine *Vergleichbarkeit der Studienstrukturen* - basierend auf zwei aufeinander folgenden Studienstufen (Undergraduate /Graduate) - in den europäischen Ländern herzustellen.